

Vernichtung entgangen sind, mutet ähnlich wunderbar an wie die Geschichte des Warschauer Ghetto-Archivs. Kassow zeichnet ein beeindruckendes Bild von Emanuel Ringelblum und »seinem« Archiv. Wer sich allerdings der Mühe – und Qual – der Lektüre der Originaltexte aus Łódź unterzieht, kommt dem dort Geschehenen näher, als jeder noch so akribisch recherchierte Se-

kundärtext es je könnte. Deshalb sollten auch die 1967 erschienenen Tagebücher von Emanuel Ringelblum (*Ghetto Warschau. Tagebücher aus dem Chaos*, Stuttgart 1967) neu aufgelegt werden.

Samuel D. Kassow: *Ringelblums Vermächtnis. Das geheime Archiv des Warschauer Ghettos*, Rowohlt, Reinbek 2010, 704 S., € 39,95.

Mathias Greffrath

Die Schönheit des Schrumpfens – Eine Vision

»Ohne Wachstum keine Investitionen, ohne Wachstum keine Arbeitsplätze, ohne Wachstum keine Gelder für die Bildung, ohne Wachstum keine Hilfe für die Schwachen.« Mit diesen flehentlichen Worten wünschte Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung im Herbst 2009 die Wunderdroge Wachstum herbei. Aber ist Wachstum überhaupt sinnvoll? Und, wenn ja, was sollte wachsen?

Seit 1970 schrumpfen die Wachstumsraten in den Ländern des saturierten Westens. Und das ist gut so. Nicht nur wegen des Klimas. Mit 3 % Wachstum – für Ökonomen das Minimum einer prosperierenden Wirtschaft – würde sich die Menge der produzierten Güter in diesem Jahrhundert verzwanzigfachen. Man muss kein Ökonom sein, um zu wissen, dass die Erde das nicht aushielte.

Schon jetzt verbraucht die Weltgesellschaft mehr Energie, Rohstoffe, Natur, als auf dem Planeten nachwächst; und lebten die Chinesen wie wir – und wer wollte es ihnen verbieten – dann brauchten wir drei bis sechs Erdbälle – und noch ein paar Planeten für den Müll. Aber dazu wird es nicht kommen. Denn im Laufe dieses Jahrhunderts geht nicht nur das Öl, sondern auch Eisen, Kupfer, Chrom, Zinn, Nickel und andere Rohstoffe unserer Zivilisation zur Neige. Neue Werkstoffe schaffen nur Ersatz, kein zusätzliches Wirtschaftswachstum. Wachstum – das ist eine welthistorische Parole von gestern; die von morgen lautet: intelligent und gerecht Haushalten.



Mathias Greffrath

(* 1945) ist Schriftsteller und Publizist in Berlin.

Greffrath@aol.com

Vielleicht hilft Wünschen ja doch. Es müssten nur andere Wünsche sein als die nach unendlichem Wachstum. Wünsche, die wir verlernt haben. Wünsche, die die Gesellschaft, in der wir leben, umkremeln würden – und uns dazu. Die uns utopisch vorkommen.

Stellen wir uns doch, das wäre mein Vorschlag, nur für zehn Minuten einmal vor, wir hätten den Übergang zu den unendlichen Energien von Sonne, Wind und Wasser bewältigt, unsere Staatsschuld wäre abgetragen, die Gletscherschmelze gestoppt, und auch die Entwicklungsländer wären auf dem Weg zu einem planetenfreundlichen Wohlstand. Das ist völlig unrealistisch, ich weiß, aber stellen wir uns

nur zehn Minuten lang vor, die drei oder vier größten Probleme der Weltgesellschaft hätten sich in Wohlgefallen aufgelöst.

Welche Wünsche hätten wir dann noch, als Bürger unserer Gesellschaft? Über meinem Wunschzettel stünde: »Nicht mehr, sondern besser«. Und die Stichworte wären: Nicht nur Arbeit für alle, sondern bessere, interessantere, sinnvolle, notwendige Arbeit.

Und daraus folgte, zweitens: Schulen, die nicht nur für Jobs vorbereiten, sondern uns befähigen, den Reichtum der Dinge, der ererbten Kultur und die Schönheit der Welt klug zu genießen. Schulen, in denen Lebenskunst gelehrt, und, was wichtiger ist, eingeübt wird.

Drittens: Menschen, die aus solchen Schulen kämen, bräuchten Städte, die nicht zerfallen in Produktionsstätten, Vergnügungszentren und Schlafquartiere. Städte, in denen es u.a. Zeit und Raum gäbe für das Zusammenleben von Kindern, Männern und Frauen, Alten und Jungen. Städte, in denen Alte, Kranke, Pflegebedürftige, Gestörte und Störende nicht kaserniert würden.

Und daraus folgte, viertens: ein allmähliches Schrumpfen des jetzt noch größten Wirtschaftszweiges, des sogenannten Gesundheitswesens, das heute im wesentlichen Schäden repariert, statt uns zu lehren, intelligenter und besser zu leben.

Nur diese scheinbar utopischen Wünsche helfen uns aus den multiplen Krisen unserer Zivilisation heraus. Nur wenn wir, als Gesellschaft, diesen Wünschen zur Wirklichkeit verhelfen, haben wir eine Chance, Wohlstand und Gerechtigkeit in einer Weltwirtschaft zu sichern, die nicht ewig weiterwachsen kann. Und vielleicht sollten wir deshalb aufhören, über Klimakatastrophenvermeidung zu reden, sondern stattdessen darüber, welche Welt wir *wollen*.

Unsere große westliche Wirtschaftsmaschine hat uns instand gesetzt, die Früchte von 200 Jahren Wachstum zu ern-

ten. Damit wir besser leben. Denn das Ziel allen Wirtschaftens, so können wir es nicht nur bei Karl Marx und Erich Fromm, sondern ebenso bei den liberalen Ökonomen John Stuart Mill und John Maynard Keynes lesen, ist es, die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen so rational wie möglich, mit so wenig Arbeit wie möglich, zu stillen, damit alle, und nicht nur die oberen fünf Prozent, Zeit haben, sich den höheren Tätigkeiten zu widmen. Mehr Zeit, mehr Raum, mehr Muße für alle – das war das aufgeklärt bürgerliche Maß für Wohlstand. Und die Mühle des Kapitalismus mit ihrem Streben nach unendlichem Wachstum war für die großen Wirtschaftsdenker immer nur das Mittel beim Übergang zu einer solchen, wachstumsbefriedeten Gesellschaft. Einer Gesellschaft, die hoch produktiv ist, und in der deshalb die Grundbedürfnisse – Rente, Gesundheit, Zukunft der Kinder – für alle Bürger gesichert sind – auf einem hohen, aber nicht luxuriösen Niveau – und in der alle deshalb mehr Zeit haben für Eigenaktivität: ob nun Fahrradfahren, Basteln, Musizieren, Spielen – oder die Mitwirkung am Gemeinwesen. Es ist nicht utopisch, dass wir in einem solchen Umfeld mit weniger, viel weniger Dingen auskämen: denn wir bräuchten weniger Kompensationskonsum.

Wenn solche Wünsche politische Form annähmen, dann wäre die multiple Krise, an deren Anfang wir stecken, eine Chance, ihrer Erfüllung näherzukommen. Dann würden wir die Notwendigkeit – wegen des Klimas den Wachstumszwang, und wegen des Weltfriedens den materiellen Wohlstand des Westens zu drosseln – in Freiheit verwandeln: in einen Zuwachs an Lebenschancen für alle. Denn Wohlstand und Sicherheit, die sich über individuellen Besitz bestimmen, werden sich in Zukunft immer weniger Menschen leisten können. Deshalb steht es ohne Wachstum des öffentlichen Reichtums schlecht um den inneren Frieden und die Freiheitschancen.

Alternativen

Entweder das Gemeinwesen zerfällt weiter in Leistungsmenschen und Wohlfahrtsempfänger, oder wir verteilen die notwendige Arbeit auf alle. Das heißt: mit einer radikalen Arbeitszeitverkürzung.

Entweder die Gesellschaft spaltet sich weiter in wenige Hochqualifizierte, viele Ausführende und einen Bodensatz von moralischen und kognitiven Analphabeten, mit schlimmen Folgen für den sozialen Frieden – oder wir schaffen ein Bildungssystem, das alle Fähigkeiten aller Jugendlichen entwickelt.

Entweder eine schrumpfende Zahl überarbeiteter und hochbesteufter Aktiver finanziert Asyl für eine wachsende Millionenzahl von Pflegefällen, die von schlecht bezahlten Hilfskräften dem Tod entgegenverwaltet werden, oder wir holen die Eltern wieder in die Gesellschaft, stellen Wohnverhältnisse her, die das Zusammenleben der Generationen möglich machen.

Entweder wir übergeben die Sorge um fette, nervöse Kinder, depressive Erwachsene und Kreislaufkollabierende der Pharmaindustrie, und zahlen teuer dafür, finden uns überdies damit ab, dass das ärmste Fünftel der Bürger zehn Jahre früher stirbt als das wohlhabendste, oder wir lernen und üben gesundes Leben schon in der Krippe, der Schule, im Betrieb.

Über Verkehrssystem, Naturschutz und den Umbau der Energienetze habe ich jetzt noch gar nicht gesprochen. Aber für alle diese Bereiche gilt: Gerade wenn das Wachstum schrumpft, gerade wenn die individuellen Einkommen durch die Zwänge der Ökologie, die neue ökonomische Weltordnung für die meisten Menschen prekär werden, gerade dann müssen die Grundbedürfnisse Gesundheit, Mobilität, Bildung, Information und Sicherheit durch öffentliche Institutionen für alle gleichermaßen offenstehen und bereitgestellt werden.

Diese Reformen kosten Geld. Aber wenn wir alles weiter treiben lassen, wie es

jetzt geschieht, wird es mehr Geld kosten: für Dämme gegen den steigenden Meeresspiegel, Mauern, Soldaten, Gefängnisse gegen das Aufbegehren der Armen.

Der Finanzbedarf ist berechenbar. Um die Größenordnung zu verdeutlichen: eine Verdoppelung (!) unseres Bildungswesens wäre mit einer dreiprozentigen Steuer auf Vermögen bezahlbar. Durch eine Verdoppelung der Grundsteuer könnten Jahr für Jahr – Marktpreise zugrunde gelegt – 350.000 Wohnungen in Deutschland in kommunales Eigentum gelangen oder dort verbleiben; oder 30 Quadratkilometer öffentlicher kommunaler Raum neu geschaffen oder erhalten werden. Durch eine Anhebung der Körperschaftssteuer auf US-amerikanisches Niveau könnten wir Jahr für Jahr 300.000 Nachwuchswissenschaftler oder 600.000 Erzieher in Kindertagesstätten finanzieren.

Keine dieser fiskalischen Maßnahmen würde die Wirtschaftskraft unserer Nation überfordern. Gut, ich weiß, das sind Taschenrechnerkalkulationen. Politik ist härter. Aber wenn wir die Herausforderungen dieses Jahrhunderts als demokratische Gesellschaft bestehen wollen; wenn wir wollen, dass wir kein Kind verlieren, keinen Jugendlichen aufgeben, keinen Alten vergessen, keinen Fremden abschieben; wenn wir begreifen, dass die größte Errungenschaft der Neuzeit – die Freiheit und die Entfaltung des Individuums – mit ökonomischem Besitzindividualismus nicht zu bewahren ist, gerade dann müssen wir denjenigen, die durch die Arbeit der Nation in den letzten Jahrhunderten, vor allem aber in den letzten drei oder vier Jahrzehnten am meisten an Wohlstand und Freiheit hinzugewonnen haben, zumuten, ein wenig davon zurückzugeben. Sonst wäre die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts der Gipfel unserer Zivilisation gewesen – und danach kämen nur noch Dekadenz und Abstieg, Unordnung und Rohheit, Verblödung und spätrömische Zustände. Und Freiheit nur noch für Millionäre.